



Repräsentative Umfrage zum Thema Klimaschutz

September 2009

**Eine Erhebung von Infratest dimap, Berlin
im Auftrag von AVAAZ.org und Klima-Allianz**

Ihre Ansprechpartner:

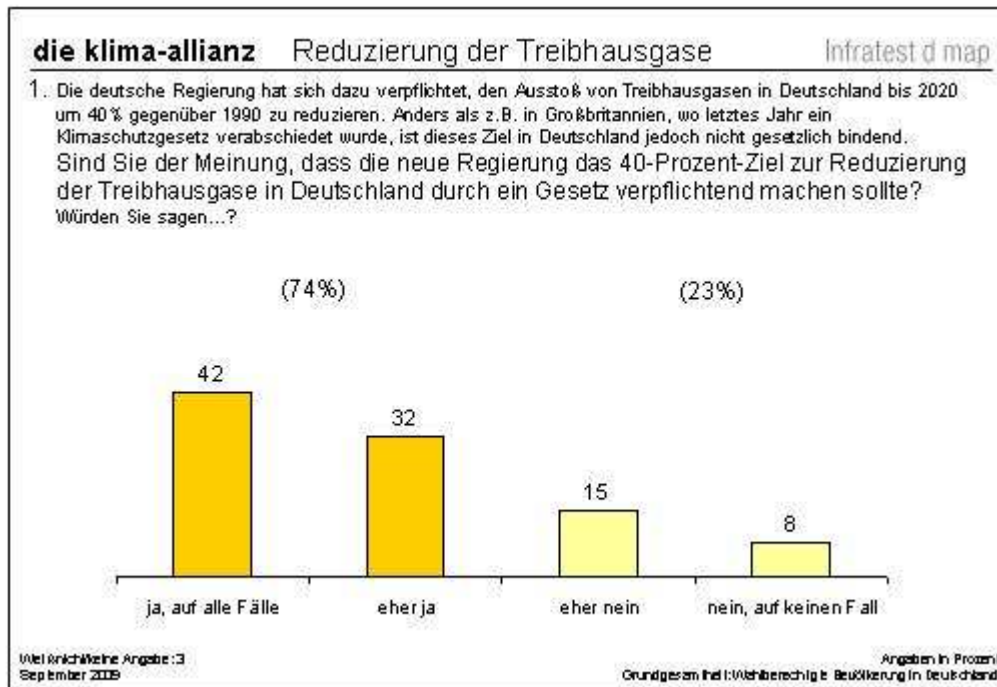
Richard Hilmer
Thorsten Spengler

 030 / 533 22 110
 030 / 533 22 205

67.10.105462
Berlin, Oktober 2009

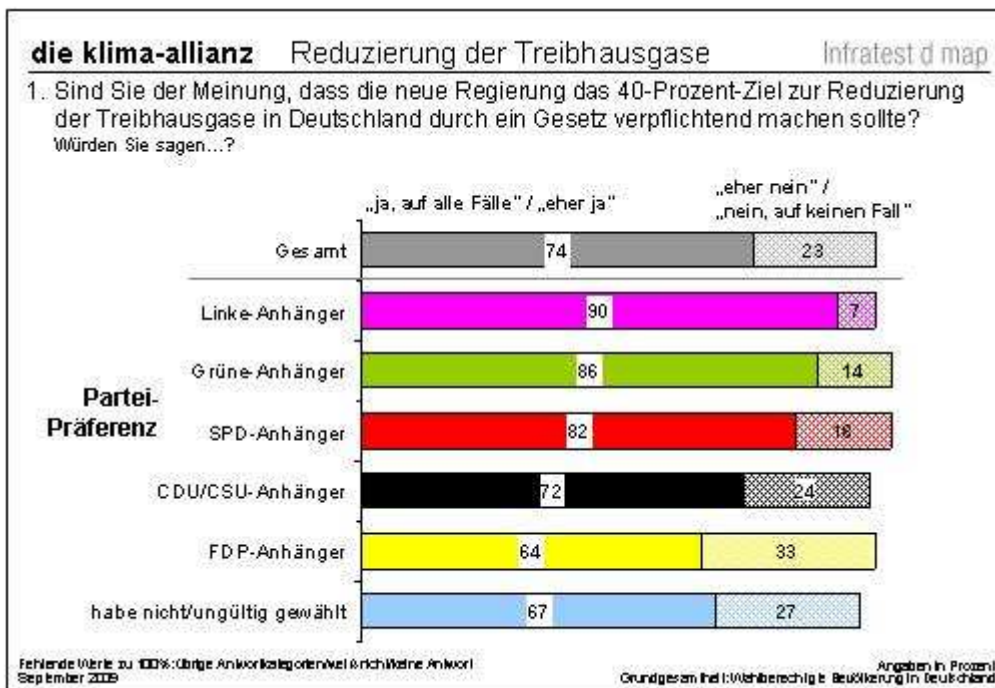
Gesetz zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen in Deutschland

Ein paar Tage nach der Bundestagswahl 2009 sind rund drei Viertel der Wahlberechtigten (74%) der Ansicht, dass die neue Bundesregierung das Ziel, den Ausstoß von Treibhausgasen in Deutschland bis 2020 um 40% gegenüber 1990 zu reduzieren, durch ein Gesetz verpflichtend machen sollte. Lediglich ein knappes Viertel der Befragten (23%) steht dieser Forderung ablehnend gegenüber.



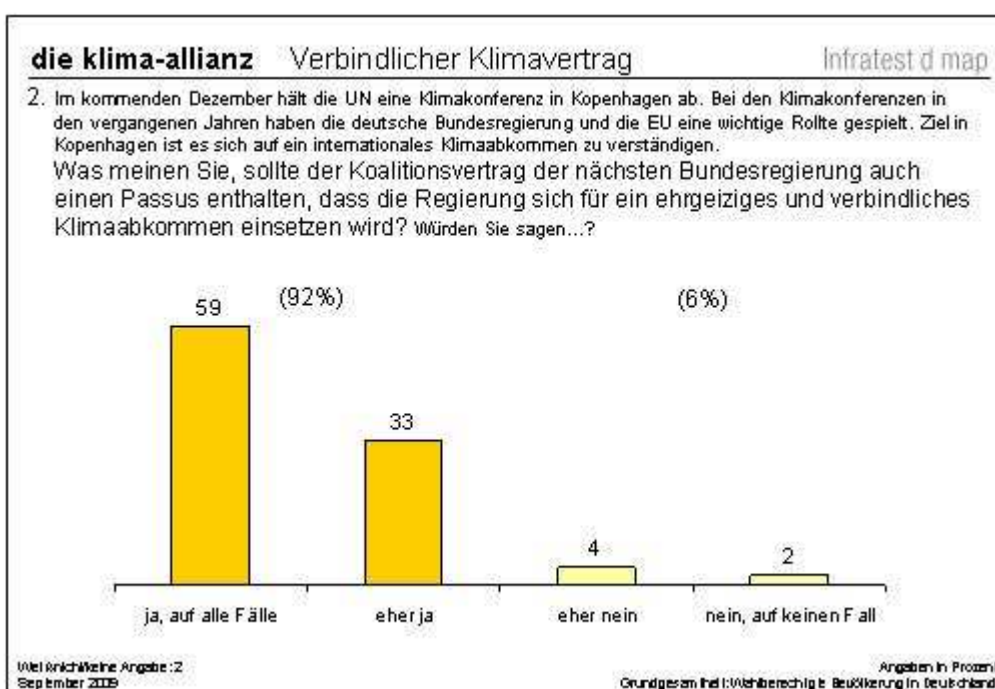
Größte Zustimmung erfährt ein solches Gesetz bei Personen ab 60 Jahren (83%), bei Befragten mit einem Haushaltseinkommen unter 1.500 € (81%) und bei Rentnern (82%). Unterdurchschnittlich häufig ist die Zustimmung dagegen vor allem bei Arbeitslosen (56%) und Arbeitern (64%), sowie bei Personen im Alter von 18 bis 29 Jahren (63%).

Bei Betrachtung der Befragten nach Parteianhängerschaft zeigt sich, dass nicht nur die Anhänger des linken Lagers (Anhänger der Linken zu 90%, der Grünen zu 86% und der SPD zu 82%) ein Gesetz zur Drosselung der Treibhausgasemissionen wünschen, sondern auch 7 von 10 der Unionsanhänger (72%) und knapp zwei Drittel der FDP-Anhänger (64%) dies befürworten.



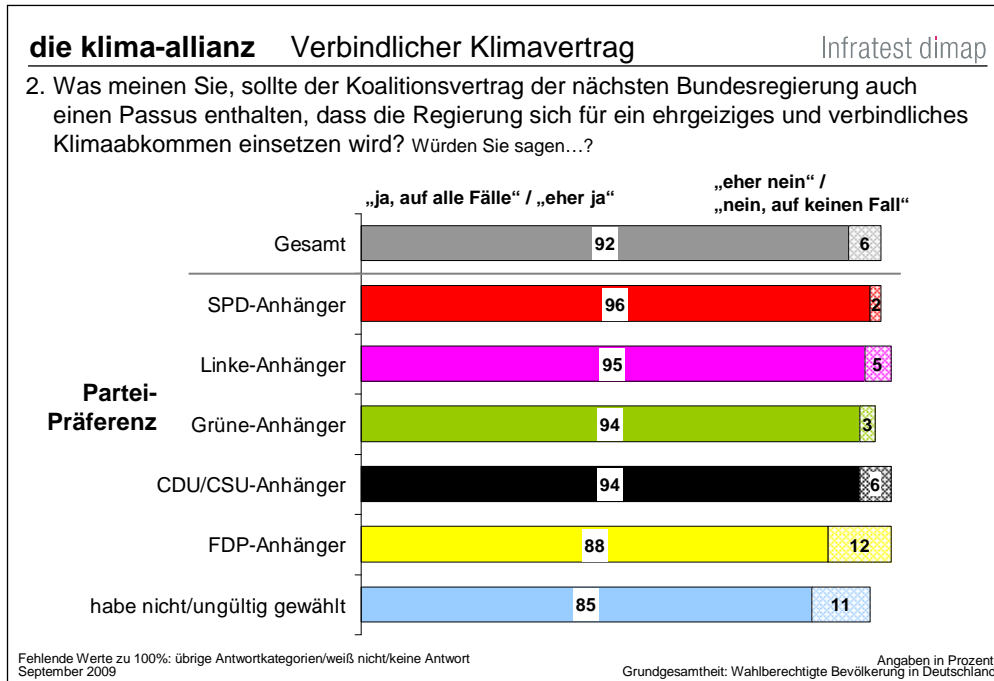
Ehrgeiziges und verbindliches Klimaabkommen

Eine noch deutlichere Mehrheit der Befragten (92%) vertritt die Meinung, dass der Koalitionsvertrag der nächsten Bundesregierung einen Passus enthalten sollte, der festlegt, dass sich die Regierung für ein ehrgeiziges und verbindliches Klimaabkommen in Kopenhagen einsetzen wird. Nur 6% lehnen dies ab.



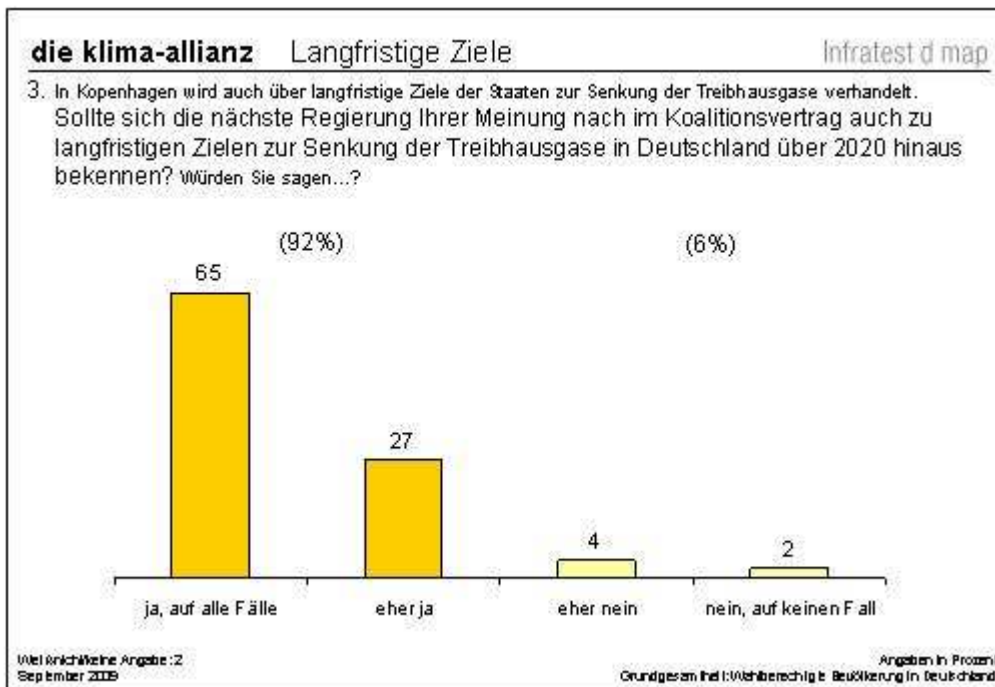
Äußerst hohe Zustimmung erfährt diese Forderung wiederum von Personen ab 60 Jahren (98%).

Dass sich die nächste Regierung für ein ehrgeiziges und verbindliches Klimaabkommen in Kopenhagen einsetzen sollte, meint auch der überwiegende Teil der betrachteten Parteianhängerschaften. Die Zustimmungswerte reichen hier von 88% bei den FDP-Anhängern bis zu 96% bei den SPD-Anhängern.



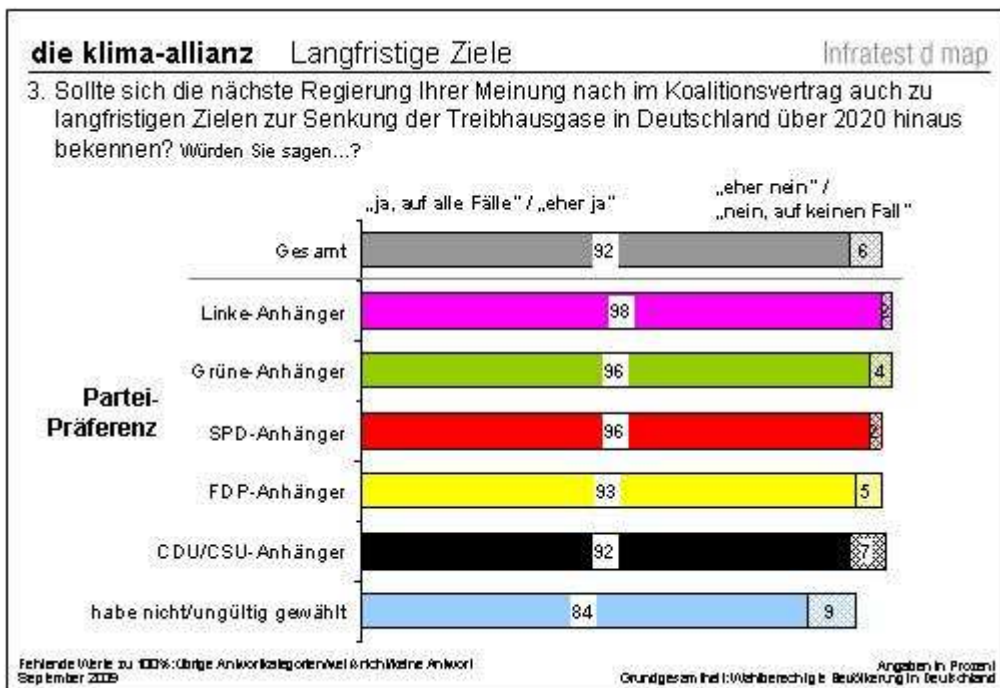
Langfristige Ziele zur Senkung des Treibhausgases in Deutschland

Ebenfalls rund 9 von 10 Wahlberechtigten (92%) sind der Ansicht, dass sich die nächste Regierung auch zu langfristigen Zielen bei der Senkung der Treibhausgase in Deutschland über 2020 hinaus bekennen sollte. Lediglich 6% der Befragten stehen einem solchen Vorhaben skeptisch bzw. ablehnend gegenüber.



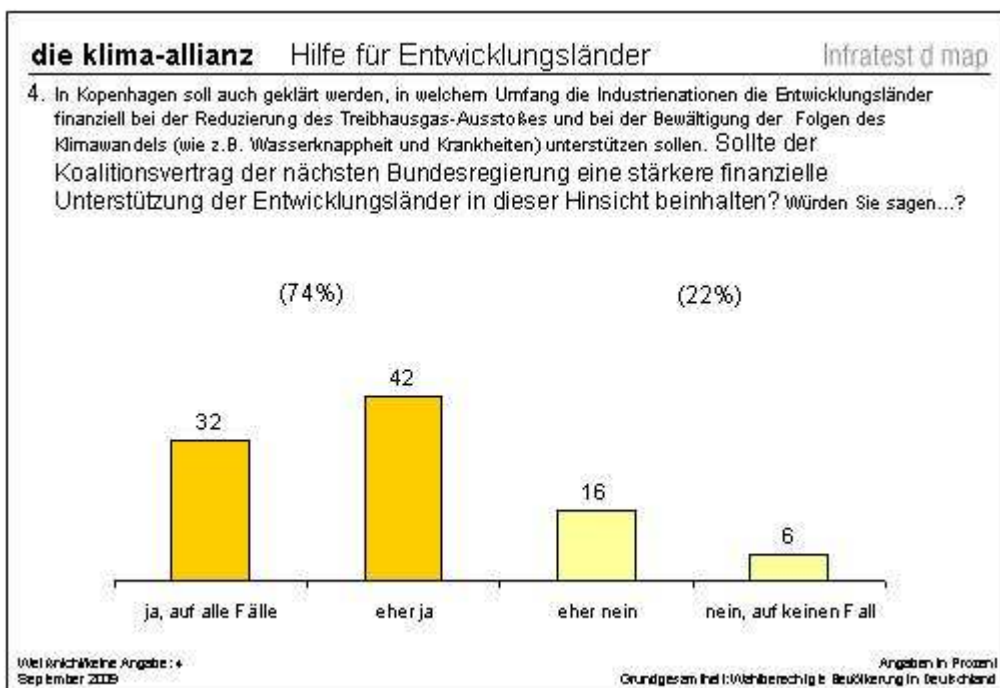
Bei allen betrachteten soziodemographischen Gruppen erfährt dieses Anliegen deutlichen Zuspruch. Die Werte reichen dabei von 86% bei Arbeitern bis zu 97% bei Personen ab 60 Jahren.

Auch bei den verschiedenen Parteianhängerschaften liegen die Anteile der Befürworter jeweils über 90%. Befragte, die bei der Bundestagswahl die Union gewählt haben, stimmen zu 92% dafür, jene, die für die Linken votiert haben sogar zu 98%. Bei den Wahlberechtigten, die nicht oder ungültig gewählt haben, liegt die Zustimmung mit 84% etwas unter dem Durchschnitt.



Finanzielle Unterstützung der Entwicklungsländer

Eine stärkere finanzielle Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Reduzierung des Treibhausgasausstoßes und der Bewältigung der Folgen des Klimawandels sollte nach Meinung von knapp drei Vierteln der Wahlberechtigten (74%) im Koalitionsvertrag berücksichtigt werden.



Überdurchschnittlich häufig stimmen Personen ab 60 Jahren (83%) und Rentner (84%) einer stärkeren Unterstützung der Entwicklungsländer in diesem Zusammenhang zu. Weniger ausgeprägt - jedoch ebenfalls noch mehrheitlich - ist dagegen der Befürworteranteil bei den 18-29-Jährigen (59%).

Die betrachteten Parteianhängerschaften weisen bei dieser Frage ebenfalls nur geringfügig Unterschiede auf. Jeweils mehr als drei Viertel der Parteianhänger stimmen für die Aufnahme eines solchen Passus in die Koalitionsvereinbarung der nächsten Bundesregierung. Die Zustimmungsraten reichen dabei von 76% bei den Parteianhängern von FDP und Grünen bis zu 80% bei den Anhängern der Linken. Eine vergleichsweise geringe Befürwortung erfährt diese Forderung dagegen wiederum von den Befragten, die bei der Bundestagswahl im September nicht oder ungültig gewählt haben (66%).

